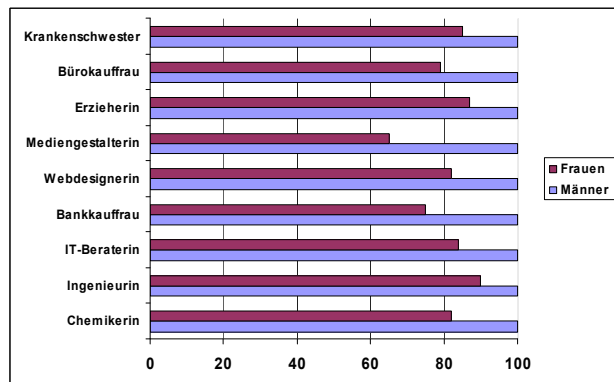


Argument der Woche

Von Arbeit soll man leben können. Frau auch.

18. März 2009



Quelle: www.frauenlohnspiegel.de / © Hans-Böckler-Stiftung

Das Problem: Frauen erhalten deutlich weniger Lohn als Männer

Frau Klein arbeitet seit sieben Jahren als Bankkauffrau in der Sparkasse. Im vergangenen Monat wurde ein neuer Kollege eingestellt, der ebenfalls mehrere Jahre Berufserfahrung als Bankkaufmann besitzt. Jetzt soll er dieselbe Arbeit machen wie Frau Klein, erhält dafür aber circa 1 000 Euro brutto mehr Gehalt im Monat.

Die Namen sind frei erfunden, der Tatbestand nicht: In der Bundesrepublik erhalten Frauen für gleiche oder vergleichbare Arbeit weniger Lohn als ihre Kollegen. Im Durchschnitt sind die Bruttostundenlöhne von Frauen 24 Prozent geringer als die von Männern. Damit liegt Deutschland im europäischen Vergleich auf dem drittletzten Platz.

Die Ursachen dieser Lohndiskriminierung sind vielfältig. Dazu gehört, dass

- Frauen häufig in Teilzeit und überdurchschnittlich oft im Niedriglohnbereich arbeiten;
- Frauen unter ungerechten betrieblichen Eingruppierungen leiden, beziehungsweise ganze Tarifverträge traditionelle „Frauentätigkeiten“ geringer bewerten als „Männertätigkeiten“;
- Frauen häufiger als Männer in Branchen und Berufen mit niedrigem Einkommensniveau arbeiten;
- Frauen in gut bezahlten Leitungs- und Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert sind;
- Frauen aufgrund von familienbedingter Unterbrechung der Berufstätigkeit benachteiligt werden

Doch die Bundesregierung tut nichts

Der UN-Frauenrechtsausschuss sowie die EU-Kommission haben Deutschland wegen des mangelnden Engagements in der Frage der Lohngleichheit bereits mehrfach kritisiert:

Die Schere zwischen Frauen- und Männerlöhnen öffnet sich seit Jahren immer weiter. Es sind zwar mehr Frauen berufstätig als früher, dies aber meist als Teilzeitbeschäftigte mit entsprechend geringeren Löhnen. Besonders erschreckend ist der Frauenanteil im Niedriglohnbereich mit fast 70 Prozent. Der Anteil von Frauen in gut bezahlten Führungspositionen in der Wirtschaft ist dagegen marginal. Anstatt ein Gleichstellungsgesetz mit festen Quoten zu erlassen, setzt die Bundesregierung trotzdem weiter auf „freiwillige Vereinbarungen“ mit der Privatwirtschaft.

DIE LINKE meint: Frauen haben mehr verdient und fordert deshalb:

1. Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mehr als acht Euro – denn internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass Mindestlöhne die Lohnschere schließen helfen.
2. Diskriminierungsfreie Tarifverträge – denn dazu können und müssen die Tarifpartner gesetzlich verpflichtet werden.
3. Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft – denn die Hälfte der Arbeitsplätze in allen Berufen und Lohngruppen stehen Frauen zu.
4. Besseren Rechtsschutz für Betroffene – denn ohne Verbandsklagerecht und eine Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes lassen sich Ansprüche nicht durchsetzen.
5. Kürzere Arbeitszeiten und eine familienfreundliche Arbeitswelt – denn ohne eine gerechtere Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern bleiben Frauen in der Teilzeitalle.